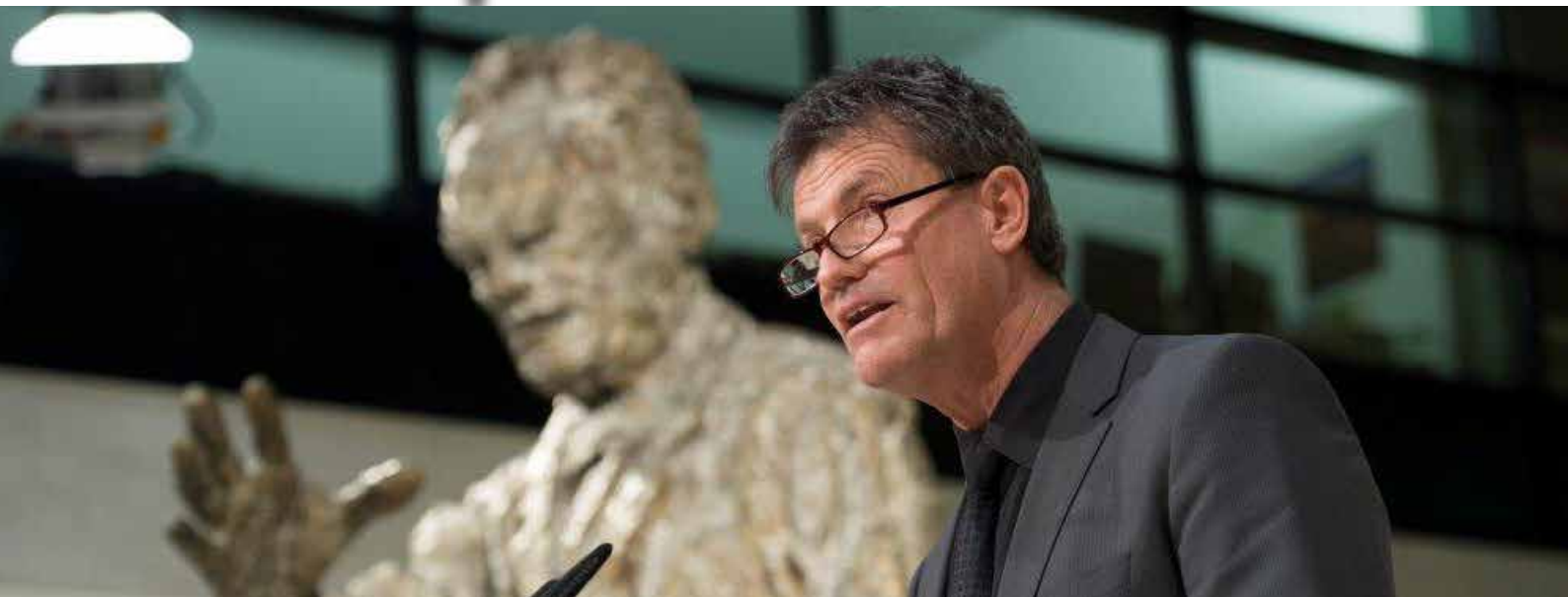




Spree^{rh}einblick



Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

der Prozess der Erneuerung unserer Partei gestaltet sich bisher etwas schwerfällig. Zum Glück haben wir mit Andrea Nahles nun eine Parteivorsitzende, die Power in diesen Prozess bringen wird. Dies ist auch wichtig im Hinblick auf zukünftige politische Aufgaben. Im nächsten Jahr haben wir Kommunal- und Europawahl vor uns, und hier sollte uns die Trendwende gelingen. Wir müssen allerdings auch im Lokalen vor Ort umsetzen, was wir von der Politik im Bund erwarten. Wir brauchen sowohl eine inhaltliche, personelle wie sprachliche Erneuerung und müssen Ansprechpartner der Menschen vor Ort sein. Wir müssen Bestandteil des Stadt-, Dorf- und Vereinslebens sein, Kümmerer im wahrsten Sinne!

Über die verschiedenen politischen Themen sollten wir den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern suchen. Ich habe in diesem Zusammenhang mehrere Abende im Wahlkreis durchgeführt, so in Kestert, Lahnstein und Koblenz. Für den Bereich Mayen-Koblenz sind bereits Termine geplant. Dabei kann die Mischung aus Bundes-Landes- und Kommunalpolitik eine gute Kombination darstellen.

In Berlin ist das politische Leben wieder in der Normalität angekommen, und die Arbeit in den Ausschüssen läuft wie gewohnt. Aber dieses Mal müssen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die eigenen Themen weit stärker kommunizieren! Im Bereich Sport habe ich wieder ein Investitionsprogramm für die Sanierung von Sportstätten gefordert, zusätzlich die Förderung von Sportvereinen in sozial schwierigen Stadtteilen.

Im Umweltausschuss habe ich mich für die Alternativtrasse Taunus/ Westerwald beim Güterverkehr eingesetzt, ebenso für die Umleitung des Ultranetzes aus den Wohngebieten heraus.

Wenn man die Augen aufhält, sind die Herausforderungen schnell erkannt!

Euch allen eine gute Zeit und bis bald

Euer Detlev



Bürgersprechstunde

Montag, den 18. Juni 2018

10.00 Uhr - 12.30 Uhr

Bürgerbüro:

Casinostraße 38, 56068 Koblenz

Tel. 0261/97379080

Zur besseren Planung der Bürgersprechstunde und zur Gewährleistung, dass Sie ausreichend Zeit haben, um Ihr Anliegen zu besprechen, bitte ich um eine kurze Anmeldung und Beschreibung, worum es sich bei Ihren Anliegen handelt.

Vielen Dank!

Unser 1. Mai!

Der 1. Mai ist mehr als sozialdemokratische Pflicht - er ist ernst gemeinter Auftrag, gegen Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten in der Arbeitswelt einzutreten und diese abzubauen. Gemeinsam mit dem neuen Koblenzer Oberbürgermeister David Langner marschierten unter anderem Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender der SPD Koblenz Detlev Pilger und die neue Vorsitzende der SPD, Andrea Nahles in Koblenz bei der zentralen Mai-Kundgebung.

Die Sozialdemokratie nimmt mit Blick auf den Wandel der und durch Arbeit die Herausforderungen an. Die zentrale Herausforderung der Arbeit der Zukunft wird die Digitalisierung der Arbeitswelt sein. Sie verändert Arbeitsbedingungen und Arbeitsbeziehungen. Sie rückt neue Anforderungen an Qualifikation und Arbeitsinhalte in den Vordergrund. Sie eröffnet neue Chancen. Wenn wir sie nutzen, werden neue Berufsbilder entstehen, wird die Technik den Menschen entlasten und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie einfacher werden. Aber auch die Schutzbedürfnisse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer steigen. Der wirtschaftliche Wettbewerb verschärft sich unter den Bedingungen der Globalisierung, Leistungsdruck und Unsicherheiten nehmen zu und sind Herausforderung an die soziale Gestaltung der Arbeit.

Gleichzeitig heißt es für uns: gesetzliche Rahmenbedingungen, tarifvertragliche Regelungen und betriebliche Ausgestaltung müssen ineinandergreifen um

die Risiken zu minimieren und die vielen Chancen zu nutzen.

Wir wollen sichere und gute Arbeit mit einer hohen Tarifbindung!

Wo Tarifverträge gelten, haben die Beschäftigten bessere Arbeitsbedingungen und höhere Einkommen. Die Digitalisierung der Arbeitswelt kann nur mit den Gewerkschaften erfolgreich gestaltet werden, nicht gegen sie. Die Tarifbindung geht jedoch seit vielen Jahren zurück. Deshalb hat die SPD die Möglichkeiten verbessert, Tarifverträge allgemeinverbindlich zu erklären. Deshalb haben wir in verschiedenen Gesetzen erfolgreich Anreize gegeben, die in tarifgebundenen Betrieben mehr Flexibilität erlauben als in tarifungebundenen Betrieben. Flexibilität ist keine Einbahnstraße, schon gar nicht zu den alleinigen Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wer Flexibilität will, muss auch Sicherheit bieten.

Wir setzen diesen Weg fort. Tarifflicht darf sich nicht lohnen. Wir wollen, dass im Falle der Auslagerung von Betrieben oder Betriebsteilen bestehende Tarifverträge weiter ihre Gültigkeit behalten.

Wir wollen mehr Demokratie im Betrieb!

Die Mitbestimmung in unserem Land hat sich bewährt und sie ist Zukunftsmodell. Sie ist zentrales Element von Wirtschaftsdemokratie. Und nur mit Mitbestimmung auf Augenhöhe kann der Wandel zur Arbeitswelt 4.0 erfolgreich und vor allem menschengerecht gestaltet werden. Deshalb wollen wir die Mitbestimmung der Betriebs- und Personalräte stärken und ausbauen. Die Behinderung von Betriebsratsarbeit ist kein Kavaliersdelikt! Menschen, die sich im Betrieb engagieren, müssen besser geschützt werden. Und ebenso wollen wir ein Initiativrecht der Betriebsräte auf die Einführung betrieblicher Berufsbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen.



Lohngefälle zwischen Frauen und Männern an. Wir wollen gleichen Lohn für gleiche Arbeit! CDU und CSU blockieren die Lösung des Problems der Befristung vieler Beschäftigungsverhältnisse. Vor allem junge Menschen sind betroffen. Wir wollen, dass die Menschen ihr Leben planen und Entscheidungen für das Leben treffen können. Wir wollen deshalb die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverhältnissen abschaffen.

Wir wollen Qualifizierung stärken und den Versicherungsschutz verbessern!

Die Umbrüche auf dem Arbeitsmarkt stellen neue Anforderungen an die Qualifikation vieler Beschäftigter. Wir wollen gebührenfreie Bildungschancen von der Kita bis zur Uni. Wir müssen unsere bewährte duale Ausbildung stärken und mehr Durchlässigkeit zwischen beruflicher und akademischer Bildung ermöglichen. Und wir wollen immer wieder neue Chancen eröffnen. Für zukunftsorientierte Arbeitsmarktpolitik bedeutet das: Wir müssen mehr in die Qualifizierung und Unterstützung der Menschen investieren, die ihren Job verlieren. Und wir müssen ihnen mehr Sicherheit geben. Denn nur aus einer abgesicherten Position heraus ist man auch bereit, Neues zu wagen. Deshalb wollen wir ein Recht auf Weiterbildung schaffen. Wer sich qualifiziert und seine Jobchancen erhöht, soll finanziell länger abgesichert werden.

Wir wollen den Menschen mehr selbstbestimmte Arbeitszeit ermöglichen!

Die Erwartungen und Wünsche der Menschen an die Arbeitszeit und an die Familie haben sich verändert. Die Menschen wollen mehr partnerschaftliche Aufteilung der Familienaufgaben, mehr Zeit für die Familie und mehr Selbstbestimmung in der Arbeit. Deshalb wollen wir die befristete Teilzeit. Mit dem Konzept der Familienarbeitszeit und dem Familiengeld wollen wir zudem die partnerschaftliche Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf gezielt erleichtern. Zusätzlich sollen pflegende Angehörige ihre Arbeitszeit für bis zu drei Monate reduzieren können und in dieser Zeit eine Lohnersatzleistung erhalten.

Entschieden gegen die Feinde der Demokratie!

Am 1. Mai werden wir Gesicht zeigen. Wir werden nicht zusehen, wie sich die Antidemokraten in unserem Land weiter breit machen! Weder in den Parlamenten noch in der Zivilgesellschaft. Und erst recht nicht in den Betrieben. Den Feinden der Freiheit und der Demokratie sagen wir klar: ihr habt in der Sozialdemokratie den entschiedensten Gegner, den man in unserem Land finden kann. Gemeinsam mit unseren Gewerkschaften antworten wir auch auf diese Kampfansage an die Demokratie mit dem diesjährigen Motto des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum 1. Mai:

Wir sind viele. Wir sind eins.

Der Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist stärker als der Hass.



Ultranet – Was wir tun können?

Die geplante Höchstspannungsleitung Osterath-Philippsburg, besser bekannt unter dem Namen „Ultranet“, bewegt viele Bürgerinnen und Bürger. Bei Ultranet sollen weltweit zum ersten Mal Gleichstrom und Wechselstrom am selben Mast geführt werden. Die dafür genutzte, bereits bestehende Stromtrasse führt im Abstand von nur 10 Metern an unseren Wohnhäusern vorbei. Die Menschen entlang dieser Trasse (allein im Abschnitt D des Projektes sind 51 Ortschaften und rund 750.000 Bewohner betroffen) sollen dabei einem Feldversuch ausgesetzt werden.

Durch eine solche Höchstspannungsleitung wie bei Ultranet entstehen sogenannte elektrische Gleichfelder, die zwar nach Einschätzung der Strahlenschutzkommission durch Einhaltung entsprechender Grenzwerte gesundheitlich unbedenklich sein sollen, jedoch von Menschen wahrgenommen werden können. Hierzu empfiehlt die Strahlenschutzkommission die Durchführung von Humanstudien. Aufgrund dieser ungeklärten Fragen, aber auch aufgrund der möglichen negativen Auswirkungen für die Umwelt und den Tourismus in unserer Region lehne ich die Ultranet-Trasse in ihrer aktuellen Planung ab. Es ist aus meiner Sicht nicht hinnehmbar, dass beinahe überall in Deutschland der Erdverkabelung der Vorzug

gegeben wird, während in einer der am dichtesten besiedelten Regionen Deutschlands, die gleichzeitig UNESCO-Weltkulturerbe ist, eine neue Stromübertragung auf riesigen Masten pilotiert werden soll.

Bereits in der vergangenen Legislaturperiode habe ich mich daher wiederholt dafür eingesetzt, die Notwendigkeit dieser Trasse einer unabhängigen Prüfung zu unterziehen. In mehreren Schreiben, auch an die Bundesnetzagentur, habe ich gefordert, dass - wenn schon keine Erdverkabelung möglich ist - wenigstens die alternative Trassenführung von Weissenthurm nach Lampertheim zum Zuge kommt. Ich habe diese Variante bereits in einem früheren Gespräch mit der Betreiberfirma Amprion diskutiert. Man erklärte mir, dass eine Umsetzung dieser Trassenführung sehr unwahrscheinlich ist, da dabei keine bestehenden Masten verwendet werden können und bei allen neu zu installierenden Masten ebenfalls mit großem Widerstand zu rechnen ist. Damit gebe ich mich jedoch nicht zufrieden.

Derzeit prüft die Bundesnetzagentur die eingereichten Unterlagen der Betreiberfirma Amprion. Anschließend beginnt die Phase der förmlichen Beteiligung der Bundesfachplanung, in der die Bürgerinnen und Bürger sowie die betroffenen Gemeinden Stellung zum Trassenkorridorverlauf nehmen können. Hier kommt es auf uns alle an! Wenn es uns gelingt unsere Sorgen und Kritik hier deutlich zu machen, ist es möglich zumindest den Trassenkorridor in seiner bisher geplanten Form noch zu verhindern. Ich werde meinen Beitrag dafür leisten.

Habemus Oberbürgermeister!

Punkt 00:00 Uhr war es dann am 1. Mai soweit und der Amtswechsel hin zu David Langner vollzogen. Er ist damit der dritte sozialdemokratisch verwurzelte Oberbürgermeister in Folge und begründet damit eine Tradition in der Schängelstadt.

Damit kommt irgendwie auch ein verrückter und eindrucksvoller Wahlkampf und die Kampagne zu ihrem vorläufigen Endpunkt. Bei der Wahl am 24. September 2017 hatte David mit eindrucksvollen 42,8 Prozent bereits ein starkes Zeichen gesetzt, das er in der Stichwahl am 15. Oktober 2017 mit deutlichen 69,8 Prozent gegen seine Mitbewerber erneuerte und verstärkte. Nach seinen vielfältigen Stationen und Ämtern ist das Amt des Oberbürgermeisters zweifelsfrei die Krönung und zugleich irgendwie logische Konsequenz nachdem er im Stadtrat, im Landtag, als Vorsitzender der SPD Koblenz, als Vizepräsident der SGD-Nord in Koblenz und zuletzt als Staatssekretär immer für Koblenz handelte.

Der Tag der Amtseinführung begann mit einem ökumenischen Gottesdienst in der Herz-Jesu-Kirche. Anschließend folgte die offizielle Vereidigung im Rahmen einer Feierstunde mit anschließendem Bürgerempfang in der Rhein-Mosel-Halle. Hier waren neben Ministerpräsidentin Malu Dreyer, Innenminister und SPD-Landesvorsitzender Roger Lewentz zahlreiche Mitglieder der Landesregierung und der Kommunalen Familie anwesend. Auch aus dem Umland waren (Ober)Bürgermeister und Mandatsträger gekommen.

Für die kommunale Familie sprach der Vorsitzende des Städtetages Rheinland-Pfalz, Dr. Bernhard Matheis stellvertretend ein Grußwort. In seiner Antrittsrede hob David noch einmal seine Visionen und Ziele für die kommenden Jahre hervor und meldete sich abschließend „Zum Dienst“.

Punkt Mitternacht folgte im Büro des Oberbürgermeisters dann die Übergabe der Amtskette und der Beginn der Ära David Langner.





Pressemitteilung SPD Lahnstein

Auf vielfachen Wunsch der Sozialdemokraten vom Rhein-Lahn-Eck hatte die SPD Lahnstein den Bundestagsabgeordneten Detlev Pilger für ein Bürgergespräch eingeladen. Der öffentlich gemachten Einladung ins Gemeindehaus St. Barbara waren dann auch eine große Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern gefolgt. Die von der Lahnsteiner SPD Vorsitzenden Gabi Laschet-Einig moderierte Veranstaltung hatte sich ein zeitliches Limit von 60 Minuten gesetzt.

Pilger, der im September zum zweiten Mal im Wahlkreis 199 in den Bundestag gewählt wurde, berichtet den interessierten Teilnehmern von seiner Arbeit in Berlin und seinen vielfältigen Aktivitäten hier im Wahlkreis. Er sucht das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern, kann er so doch die Interessen, Sorgen und Nöte der Menschen am besten erfahren.

Dem engagierten SPD Politiker wurden in Berlin in dieser Legislaturperiode weitere wichtige Aufgaben übertragen und sein Mitarbeiterstab den gewachsenen Aufgaben entsprechend aufgestockt.

Die Förderung und Finanzierung effektiver und nachhaltiger Rahmenbedingungen für den Spitzensport – natürlich auch im Bereich des Sports für Menschen mit Behinderungen – ist z.B. Teil der Kernarbeit, für die Pilger jetzt als Sprecher des Sportausschusses des Deutschen Bundestages tätig ist.

Die Interessen der Menschen hier in der Region sind mit Detlev Pilger gut vertreten. So ist er Mitbegründer einer parteiübergreifenden Parlamentariergruppe

gegen Bahnlärm und fordert hier konkrete Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung hier im Mittelrheintal. Pilger hat hier ein Eckpunktepapier entwickelt, das so übernommen wurde.

Bildung, Ausbildung und die Möglichkeiten Förderpötte der von der Bundesregierung künftig bereitgestellten Finanzmittel auszuschöpfen, um kommunale Projekte in Schulen und Kindergärten voranzubringen, ließen die anwesenden aktiven Kommunalpolitiker besonders zu interessieren.

Pilger unterrichtete über die vom Bundesarbeitsminister Heil (SPD) eingerichtete Rentenkommission, die unter dem Titel „Verlässlicher Generationenvertrag“ Ziel ist, das Rentenniveau und Beiträge mit einer sogenannten doppelten Haltelinie zu halten.

Der Regionalvorsitzende der AfA, Reiner Göbel, bemängelte, dass kein Vertreter der betrieblichen Altersversorgung der Kommission angehört. Pilger versprach mit dem Bundesarbeitsminister hierüber zu sprechen.

Bezahlbarer Wohnraum sei außerdem eine der Großbaustellen in den nächsten vier Jahren. Es müssen Anreize geschaffen werden, um gerade junge Menschen zu bewegen, sich aus den Ballungsgebieten zurückzuziehen.

Es war schon erstaunlich, welche Vielzahl von Themen innerhalb der 60 Minuten zur Sprache kam. Mit großem Applaus dankten die Bürgerinnen und Bürger ihrem Bundestagsabgeordneten für die brandaktuellen Informationen aus erster Hand und erhofften, dass die Lahnsteiner SPD weiterhin das Format „60 Minuten SPD“ mit interessanten Gästen fortführen wird.





60 Minuten-SPD im Dialog: Dr. med. Waldemar Bojara

Gast der Mai-Veranstaltung der Reihe „60 Minuten-SPD im Dialog“ war der Chef- und Facharzt für Innere Medizin/Schwerpunkt Kardiologie Dr. med. Waldemar Bojara. Der Vorsitzende der SPD Koblenz und Mitglied des Deutschen Bundestages Detlev Pilger führte gemeinsam mit Landtagsabgeordneten Dr. Anna Köbberling durch die Veranstaltung.

Neben der beruflichen Vita des Gastes ging es auch um Fragen zum Gesundheitssystem allgemein.

Für Bojara war seit dem 18. Lebensjahr klar, dass sein Interesse den Menschen auch beruflich gelten sollte. Bis heute habe er dies nicht bereut. Den Beruf des Arztes empfindet er voller Überzeugung mehr als Berufung, denn als berufliche Pflicht.

Im Mittelpunkt seiner ärztlichen Ethik stünden der Zustand der Seele, eine gesunde Ernährung und körperliche Ausgewogenheit.

In Detlev Pilgers Augen ein Glück für den Gesundheitsstandort Koblenz und das Gemeinschaftsklinikum Kemperhof, eine Kapazität wie Bojara zu haben. Gleichzeitig sehe sich der Arztberuf gerade in ländlichen Regionen einer verminderten Attraktivität ausgesetzt, weshalb es junge Ärzte

mehr in die größeren Städte zöge. Auf die Frage, ob dem nicht mit einer Herabsetzung des Numerus Clausus (NC) für das Studium der Medizin auf der einen Seite in Verbindung mit einem verpflichtenden Dienst im ländlichen Raum auf der anderen beigekommen werden könne, stimmt Bojara Pilger zu. Schließlich sei der NC kein Garant, für ausschließlich gute Ärzte oder ein Qualitätsmerkmal. Ein verpflichtender Dienst im ländlichen Raum könne sinnvoll sein. Gleichzeitig müsse aber am Ethos des Arztberuf als Berufung gearbeitet werden. Die Bereitschaft, 24/7 Arzt zu sein, sinke bei der jüngeren Generation.

Gleichzeitig sei auch der Arztberuf einem stetigen Wandel ausgesetzt. Stichwort hierbei sei auch die Digitalisierung, die sinnvolle Bausteine auch für eine medizinische Versorgung im ländlichen Raum liefern könne. Dennoch dürfe und könne sie kein Ersatz für den persönlichen Kontakt zwischen Patienten und Arzt sein.

Auch die Budgetierung der Medizin und der Kassenärztestehe immer wieder in der Kritik. Für Bojara stellt Budgetierung grundsätzlich nichts negatives dar. Eine optimale Versorgung könne auch durch Ersatzpräparate erzielt werden. Deutschland habe im internationalen Vergleich immer noch eines der weltweit führenden und (Fortsetzung Seite 8)



SCHÖNE PFINGSTEN!

Detlev Pilger, MdB



(Fortsetzung Seite 7) effektivsten Gesundheitssysteme. Dennoch sieht er das zwei-Säulen-Prinzip der Gesundheitsversorgung in Deutschland, bestehend aus gesetzlich und privat Versicherten, überdenkenswert. Die Bürgerversicherung der SPD sei hier ein interessanter Ansatz, wenngleich die Ausgestaltung im Detail entscheidend sei. Er selbst mache in seiner täglichen Behandlungspraxis und Versorgung keine Unterschiede zwischen gesetzlich oder privat versicherten Patientinnen und Patienten. Er sehe dies für seine gesamte Abteilung im Kemperhof sichergestellt. Jeder und jede bekomme hier die medizinische Behandlung, die im Einzelfall notwendig sei. Dennoch stehe einer durchschnittlich hochwertigen Ausbildung im medizinischen System Budgetierung und Kostendruck entgegen. Das wichtige persönliche Gespräch werde nicht honoriert, anders als das Verschreiben von Medikamenten oder nicht immer sinnvollen und wirklich notwendigen Operationen. Daher hinterfrage Bojara kritisch, die Häufigkeit der Operationen in der alltäglichen Behandlungspraxis. Hier werde zu viel und zu häufig operiert. Die Sterblichkeit beispielsweise bei der Koronaren Herzerkrankung

sei trotz vieler Katheter-Operationen in Deutschland im internationalen Vergleich nicht niedriger und besser. Hier lägen wir allenfalls im Mittelfeld. Auch ließe ein immer stärker werdender ökonomischer Druck die Einflussnahme der Wirtschaft steigen. Diese ökonomische Anreize seien in seinen Augen mitverantwortlich für Fehlentwicklungen im Gesundheitssystem. Gefragt nach der Ein-Standort-Lösung sieht Bojara hierin einen sinnvollen und richtigen Schritt mit Blick in die Zukunft und Zukunftsfähigkeit des Gesundheitsstandortes Koblenz und für das Klinikum im Ganzen. Auch können hierbei sogenannte Quartalskliniken die ohnehin überlasteten Notaufnahmen entlasten!

Verantwortlich im Sinne des Presserechts (V.i.S.d.P.)

Detlev Pilger, MdB
Casinostr. 38
56068 Koblenz

0261/97379080
detlev.pilger.mdb@bundestag.de

Bildquellen

privat, Freepik, unsplash

Redaktion

Detlev Pilger, Peter Staudt, Raymond Twiesselmann,
Marco Nickodemus, Dennis Feldmann, Funda Kilian

Verbreitung:

Wahlkreis 199

Erscheinungstermin:

17. Mai 2018

